

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Inland, bei Vorbestellung 1,50 RM. zuzüglich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postkonten, Postämter und Geschäftsstellen sind zu belegen. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Mitglied der Reichs- und Provinzial-Verbandsvereine für die Presse. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 225 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Postkod.: Dresden 2640

Sonntag, den 24. September 1932

Waffen und Wahlen.

Die geheimnisvolle Mappe — Signale — Politik und Wirtschaft.

„Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Leben auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen“, sagte einmal Bismarck und war damit nicht, längst nicht bis zu den „sacro egoismo“ vorgestoßen, auf den noch heute eine jener und zur Vertragstreue nötigen alliierten Mächte stolz ist. Heutzutage zwischen den Staaten und Völkern mit Moralbegriffen wie „Treu“ operieren zu wollen, ist etwas, was man beim Engländer oft und treffend als „cant“ bezeichnet hat, um den deutlicheren Ausdruck „Heuchelei“ zu vermeiden. Allzusehr zerklüftet ist der Mantel der politischen Moral, als daß man sich in Paris damit umhüllen könnte. „Cant“ ist es, wenn England — von Frankreich gar nicht zu reden — dem moralischen Grundgesetz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nur insoweit auf Deutschland angewendet wissen will, daß wir nicht besetzt seien, für den Schutz unserer nationalen Sicherheit zu sorgen. Das sei unmoralisch, sei Vertragsbruch, sei — Untreue. Und wir hätten unsere nationale Sicherheit auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern. „Das ultra posse nemo obligatur“ kann durch keine Vertragsklausel außer Kraft gesetzt werden“, sagte Bismarck, und es kann auch kein Volk „über das Können hinaus verpflichtet werden“, wenn dieses „Können“ darin bestehen soll, sein erstes, sein natürliches, seinen Willen nicht ausführen zu dürfen, nämlich für seine Sicherheit zu sorgen. Dabei hat der deutsche Außenminister, haben auch spätere amtliche deutsche Äußerungen immer wieder darauf hingewiesen, daß wir diese Sicherheit uns gar nicht durch eine aktive Aufrüstung schaffen wollen; auch Herr Herriots geheime Mappe mit den angeblichen „Beweisen“ für eine tatsächliche deutsche Aufrüstung brauchen wir nicht zu fürchten. „Heraus mit eurem Federwisch!“ Diese Dinge sind nur so lange für uns gefährlich, als sie in der Mappe liegen und man mit dem frommen Augenblick des „cant“ und bedeutsam auf besagte Mappe klopf. Das „tant de bruit pour une omelette“ — Witzchen würde Shakespeare kopierend sagen: „Viel Lärm und wenig Wolle“ — ist ein französisches Sprichwort! Und wenn sich das deutsche Schaf in Genf nicht geduldsamer läßt, ist erst recht keine Wolle da. Das spürt man auch in den Beratungen des Büros der Abrüstungskonferenz, die jetzt in Abwesenheit Deutschlands wieder begonnen haben. Und mit dem blutigen Jüdismus, den sich das enfant terrible jeder heutigen Weltkonferenz, nämlich der russische Delegierte, leisten kann und prompt auch leistet, hat Litwinow vorgebracht, man solle doch auf das Programm der Konferenz die Inangriffnahme der wirklich entscheidenden Fragen sehen und nicht mehr auf jene zweite Ordnung, die ein bequemes Weiterrollen in den ausgefahrenen Gleisen ermöglichen. Der Russe wurde natürlich niedergestimmt.

In ganz unfreiwilligem Jüdismus, aber treffend hat ja auf der Gegenseite über die Weltlage ein Mann sich geäußert, der in der heute so merkwürdig gewordenen englischen Politik seit anderthalb Jahrzehnten eine große Rolle spielt. Winston Churchill nämlich, „ist sehr pessimistisch“, was die Männer anlangt, die die Weltgeschichte machen“. Aber, so sagt er tröstend hinzu, er sei „sehr optimistisch über den von ihnen meist nicht geahnten Ausgang ihrer Unternehmungen“. Das hat sich jetzt wieder gezeigt, als gewissermaßen auf die deutschen Verpflichtungen des Young-Planes, den man in Lausanne tatsächlich ins Grab senkte, die ersten Erdstößen hinstürzten: Man löste jetzt in Basel die der Deutschen Reichsbank schon im Dawes-Plan auferlegten, im Young-Plan zwar verminderten, aber noch längst nicht aufgehobenen Bindungen und ermöglichte so die Herabsetzung des deutschen Reichsbankdiskonts. Das politische erfreulichste daran ist, daß die Erleichterung dieser Angelegenheit ganz ohne Mitwirkung der Politiker erfolgte, daß vielmehr jene „Staatsmänner“ von ihren Staatsbankleitern darauf aufmerksam gemacht wurden, welche überholter Unfug die Bindung der Reichsbank war. Was jetzt von der Reichsbank durch die Diskontsenkung gemacht wird, ist ja dem Wesen nach genau das gleiche, was mit diesem Mittel in Amerika und England angebracht wird: Anturbelung der Wirtschaft durch Herabdrückung der Kosten bei der Gütererzeugung und -verteilung. Ein hoher Diskontsatz in Krisenzeiten ist ein Warnungssignal: Achtung! Geld oder Kredit herzugeben, ist mit einem großen Risiko verbunden! Und darum sprang der deutsche Diskontsatz im Juni 1931 über die 5 Prozent hinaus, als der überwältigende Ansturm des Auslandes auf unsere Kredite einsetzte. Nicht bloß des Auslandes! Wenn jetzt der Diskontsatz der Reichsbank, die aber als „letzte Kreditquelle“ auch das sonstige Zinsniveau souverän dirigiert, auf 4 Prozent herunterging, dann bedeutet das ein anderes Signal: Achtung! Wir nähern uns wieder besseren Kreditverhältnissen! Kredit heißt auf Deutsch aber Vertrauen. Und so bringt die Diskontsenkung nicht nur eine Gesamtzinsersparnis von etwa 100 Millionen für die deutsche Wirtschaft, sondern gleichzeitig drückt sie den Willen der Reichsbank aus, konjunkturpolitisch den Diskont neben die anderen Maßnahmen zu spannen, die den fest-

Die Gegenseite hat das Wort!

Unveränderte Haltung Deutschlands in der Gleichberechtigungsfrage.

Zweimeldungen der Pariser Presse, nach denen die deutsche Regierung um die Vermittlung einer dritten Naismacht des Völkerbundes in der Gleichberechtigungsfrage nachgesucht habe, werden von maßgebender deutscher Seite als vollständig unwahr bezeichnet. Die deutsche Regierung habe niemals und an keiner Stelle um eine Vermittlungsnachfrage nachgesucht und habe hierzu auch nicht den geringsten Anlaß. In der Frage der Gleichberechtigung habe die Gegenseite das Wort.

Von maßgebender deutscher Seite wird im übrigen darauf hingewiesen, daß seit der letzten Kundgebung der Reichsregierung in der Gleichberechtigungsfrage keine Änderung der Lage eingetreten sei. Der Reichsaußenminister sei nur nach Genf gekommen, um am Völkerbundrat und an der Vollversammlung des Völkerbundes teilzunehmen. Der Vertreter Deutschlands sei durchaus in der Lage, abzuwarten, ob die anderen an der Abrüstungskonferenz hauptinteressierten Mächte den Wunsch haben, mit den Vertretern Deutschlands zu verhandeln.

Ferner wird auf deutscher Seite der Standpunkt vertreten, daß auch keinerlei Veranlassung vorliege, auf das zweifelhafte von guten Absichten getragene Schreiben des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, einzugehen. Es bestehe nicht die Absicht, hierauf eine schriftliche Antwort zu erteilen. Ebensovienig sei beabsichtigt, mit Henderson zu verhandeln, solange nicht die deutsche Gleichberechtigungsforderung anerkannt werde. Eine etwaige Aufgabe im Büro der Abrüstungskonferenz über die Gleichberechtigungsfrage kann nach deutscher Auffassung an der Lage an sich nichts ändern.

Sollte auf englischer oder französischer Seite der Wunsch nach direkten Besprechungen mit dem deutschen Außenminister geäußert werden, wird man sich auf deutscher Seite durchaus hierzu bereit finden, jedoch nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß lediglich eine völlige Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und der sich daraus ergebenden Folgen eine Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz möglich macht. Es ist Aufgabe derjenigen Mächte, die entschieden an einem Erfolg der Abrüstungskonferenz und damit an einem Erfolg des Völkerbundes interessiert sind, der deutschen Regierung entgegenzukommen und durch Anerkennung der unbefristeten deutschen Gleichberechtigungsforderung die weitere Mitarbeit Deutschlands an der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen.

Die Unterredung Neurath-Simon.

Offizielle deutsche Verlautbarung.

Aber den Verlauf der einhalbstündigen Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister und dem englischen Außenminister Simon im Hotel Carlton wird von zuständiger deutscher Stelle folgendes mitgeteilt:

Im Verlaufe der Unterredung ist zwischen dem deutschen und dem englischen Außenminister eingehend die gesamte Abrüstungsfrage in jeder Richtung hin besprochen worden. Jedoch sind in dieser Unterredung weder von der einen noch von der anderen Seite irgendwelche Vorschläge gemacht worden. Weitere Zusammenkünfte sind nicht vereinbart worden.

Aus dieser kurzen Mitteilung wird in unterrichteten Kreisen übereinstimmend geschlossen, daß sich eine Änderung der Lage zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung im Verlaufe dieser Unterredung nicht ergeben hat. Man nimmt an, daß die Behandlung der Gleichberechtigungsfrage durch den englischen Außenminister von deutscher Seite nicht als annehmbar angesehen worden ist. Aus diesem Grunde dürften wohl auch zunächst keine weiteren Vereinbarungen verabredet worden sein.

gefährten Wagen der Wirtschaft aus dem Sumpf der Depression hinauszuziehen sollen. Die Reichsbank tut es, sie wagt es zu tun, weil auch sie hofft, daß es mit vereinten Kräften vorwärtsgehen kann. Aber nur, wenn alle es tun, alle es wagen.

Aber die Voraussetzung dabei ist immer, daß nicht allzu viele politische Torheiten gemacht werden. Gelegenheiten dazu bietet ja gerade ein Wahlkampf mehr als zur Genüge. Ein Stütz überflüssiger, aber tatsächlich vorhandener Unsicherheit ist nun zum Glück dadurch beseitigt worden, daß die Reichsregierung bzw. der Reichspräsident den Termin für die Wahlen festsetzen und vorläufig alle Vorschläge zur Reform des Wahlrechts vertagt haben. Das „Volk“ wird also wieder einmal befragt, was es „will“, — und melancolisch darf man im Rückblick auf die vielen bisherigen „Befragungen“ dieser Art mit Bismarck sagen: „Das deutsche Volk hat in der letzten Zeit viel Geduld gezeigt und große Leidenschaft gegen diejenigen, die sich seine Freunde nennen.“

Dr. Pr.

Italien fordert unbedingte Gleichberechtigung.

Rom, 23. September. Ein Leitartikel Gaydas, des Direktors des halbamtlichen „Giornale d'Italia“, läßt in nicht mißzuverstehender Weise über die Ansicht der maßgebenden italienischen Politiker in der Frage der deutschen Gleichberechtigung auf. Gayda nimmt scharf Stellung gegen jenen Teil der französischen Presse, der aus der italienischen Haltung gewisse Befürchtungen über das politische und wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands herausschleusen zu können glaubt. Großes sei auch die französische Unterstellung, Italien beginne über die in Deutschland angekündigten neuen Formen der Jugendorganisation Sorgen zu machen. Im Gegenteil, das sozialistische Italien freue sich, daß ein weiterer italienischer Gedanke jenseits der Grenzen in einer großen Nation Fuß fände. Die französischen Blätter sollten auch nicht in Entstellung der Tatsachen behaupten, daß Italien damit eine Wiederaufrüstung Deutschlands im Gegensatz zur Abrüstungskonferenz begünstige. Die letzten Worte Mussolinis hätten in dieser Beziehung volle Klarheit geschaffen. Italien wolle eine tatsächliche Entscheidung und rasche Abrüstung. Es sei immer bereit, seinerseits auf den niedrigsten Abrüstungsstand herabzugeben. Aber wenn Frankreich und seine Verbündeten nicht wirklich abrüsteten — jenseits frührigerer Zielungsartikel und Neben — und wenn Frankreich und seine Verbündeten weiter dabei blieben, daß ihre Rüstungen die Grundbedingungen ihrer Sicherheit seien, so könne man seinem anderen Staate der Welt das Recht auf dieselbe Art von Sicherheit absprechen. Gerade im Hinblick auf den Frieden und eine bezügliche internationale Zusammenarbeit werde das Recht Deutschlands für alle anderen Länder zu einer Pflicht. Sie zu verneinen, bedeute so viel, wie gegen den Fortschritt und die Ordnung Europas zu arbeiten.

„Wir wollen helfen!“

Ein Aufruf zur neuen Winterhilfe.

Berlin, 25. September. Die in der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände wenden sich mit dem nachstehenden Aufruf an die Öffentlichkeit: Ein neuer schwerer Winter steht vor der Tür. Mißfällende Nächstenliebe, die aus freiem Willen hingibt, was sie entbehren kann, vermag viel. Sie muß neben die Anstrengungen von Reich, Ländern und Gemeinden treten, um die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen vor der äußersten Not zu schützen.

Daß diese Nächstenliebe noch lebendig ist, hat der vorige Winter bewiesen. Trotz der Verarmung unseres Volkes wurde mehr gegeben als je zuvor, — dank der großen Opfer aller derer, denen es ernst war mit dem Worte:

Wir wollen helfen.

Wer diese Hilfe auch bescheiden gegenüber der Not der Millionen, so hat sie doch in vielen Hunderttausenden den Mut gestärkt, in fast hoffnungsloser Lage auszuharren.

Auch in diesem Winter muß und wird die Leistung aller Deutschen, die guten Willens sind, lauten:

Wir wollen helfen.

Im Namen aller Hilfsbedürftigen, im Namen aller offenen und verschwiegenen Not bitten die unterzeichneten Verbände:

Helft weiter in opferbereiter Liebe!

Helft von Mensch zu Mensch, soweit ihr könnt!

Helft aber auch durch Spenden an Lebensmitteln, Kleidungs- und Wäscheutensilien, an Heizungsmaterialien und an Geld den in der Winterhilfe tätigen Organisationen, damit sie in gewissenhafter, geordneter Arbeit den Kampf gegen die Not weiter führen können!

Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege: Central-Ausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. — Deutscher Caritasverband. — Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. — Deutsches Rotes Kreuz. — Fünfter Wohlfahrtsverband. — Christliche Arbeiterhilfe.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung schließen sich diesem Aufruf mit folgendem Geleitwort an:

Trotz mancher Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage gilt es dennoch wieder, einen schweren Winter wirtschaftlicher Bedrängnis zu übersehen. Opfermut des Deutschen für den Deutschen muß hier abermals ein starker Helfer sein. Auch in diesem Jahre ergreift daher der Aufruf zur Winterhilfe, Reichspräsident und Reichsregierung unterstützen ihn mit der dringenden Bitte an alle, in Erfüllung sittlicher und menschlicher Nächstenpflicht auch für den kommenden Winter in der Liebestätigkeit nicht nachzulassen. Wer diese Bitte erhört, lindert nicht nur die Not des Einzelnen, er dient auch dem Vaterlande. Darum denkt an Deutschland und helf!

Berlin, 24. September 1932.

Der Reichspräsident: von Hindenburg.

Für die Reichsregierung: von Papen, Reichskanzler.